



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
UNION PATRONALE SUISSE  
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

Bundesamt für Sozialversicherungen  
Effingerstrasse 20  
3003 Bern

Per E-Mail: [joseph.steiger@bsv.admin.ch](mailto:joseph.steiger@bsv.admin.ch)

Zürich, 6. Dezember 2018 MK/lr  
kaiser@arbeitgeber.ch

## **Stellungnahme zur Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) ist seit 1908 die Stimme der Arbeitgeber in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Er vereint als Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft rund 90 regionale und branchenspezifische Arbeitgeberorganisationen sowie einige Einzelunternehmen. Insgesamt vertritt er über 100'000 Klein-, Mittel- und Grossunternehmen mit knapp 2 Millionen Arbeitnehmenden aus allen Wirtschaftssektoren. Der SAV setzt sich für eine starke Wirtschaft und den Wohlstand der Schweiz ein. Er verfügt dabei über anerkanntes Expertenwissen insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Sozialpolitik.

### **Position des SAV**

Die Mitglieder des SAV haben im Rahmen der internen Konsultation keinerlei Anpassungswünsche eingebracht, womit der SAV die vorgeschlagenen Verordnungsanpassungen über die Anlagestiftungen (ASV) unterstützt. Mit der geplanten Änderung der ASV können die in der Kritik stehenden Diversifikationsbestimmungen zweckmässiger ausgestaltet werden.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

Martin Kaiser  
Mitglied der Geschäftsleitung

Frédéric Pittet  
Stv. Ressortleiter Sozialpolitik und Sozialversicherungen

Eidgenössisches Departement des Inneren  
Bundesamt für Sozialversicherungen  
Per Email: joseph.steiger@bsv.admin.ch

Bern, 13. Dezember 2018 sgv-Sc

## **Vernehmlassungsantwort Verordnung über die Anlagestiftungen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Angesichts des dringenden Handlungsbedarfs ist der sgv mit den Änderungen an der Verordnung für Anlagestiftungen einverstanden. Trotzdem ortet der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft Korrekturbedarf.

### **I. Allgemeine Bemerkungen**

Die Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV) ist im Rahmen der Strukturreform per 1. Januar 2012 in Kraft getreten. Bereits bei ihrem Inkrafttreten wurde sie kritisiert, da sie zum Teil wenig konsistent mit den Vorschriften für Vorsorgeeinrichtungen war und die Anlagestiftungen übergebühlich einschränkte. Die Kritik betrifft vor allem die Diversifikationsbestimmungen bei den Anlagen. Diese werden mit der geplanten Änderung der ASV zweckmässiger ausgestaltet. Die wenig nachvollziehbare Benachteiligung der Anlagestiftungen, die als Selbsthilfeorganisationen von Vorsorgeeinrichtungen Anlagen für Letztgenannte tätigen, gegenüber den Anlagemöglichkeiten ihrer eigenen Anleger, wird nun zum Grossteil korrigiert.

In der Medienmitteilung vom 14. September 2018 schreibt der Bundesrat, dass die Anlagemöglichkeiten von Anlagestiftungen erweitert und denen von Anlagefonds angeglichen werden sollen. Aus der Sicht des sgv soll nicht die Angleichung an die Fondsregelung das Ziel der Änderung der ASV sein, sondern die Herstellung von adäquaten und sinnvollen Regelungen für Anlagestiftungen. Dass die Anlagefonds in Teilen zweckmässiger Regelungen aufweisen und die angepassten ASV-Regelungen gemäss geplanter Änderung der ASV nun ähnlich lauten, ist einfach nur das Resultat einer zweckmässigeren Regelung.

Der Bundesrat schreibt in den Erläuterungen, dass zwischenzeitlich ein limitierter Revisionsbedarf sichtbar geworden sei. Er nennt als Beispiel den Bereich des Wertschriftensparens in der Säule 3a. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass diese (und auch andere) Änderung nicht aufgrund der Entwicklung auf den Märkten notwendig geworden ist. Vielmehr muss die schon seit Erlass der ASV unzweckmässige Bestimmung korrigiert werden. Allen Stiftungen war bislang gemeinsam, dass nach

Schweizerischer Gewerbeverband

Union suisse des arts et métiers

Unione svizzera delle arti e mestieri

Art. 50 Abs. 4 BVV 2 die Anlagemöglichkeiten erweitert werden durfte – selbst den 3a-Stiftungen war dies schon immer erlaubt. Alleine den Anlagestiftungen war dies aufgrund nicht nachvollziehbarer Argumente verwehrt. Das Verbot nur für Anlagestiftungen muss als konzeptionell falsch bezeichnet werden. Die geplanten, äusserst wesentlichen Änderungen der ASV können auch deshalb kaum als nur limitiert bezeichnet werden. Der grosse Umfang sowie die relativ kurze Zeit seit Erlass für solche weitreichenden Änderungen deuten eher darauf hin, dass die ASV-Bestimmungen schon zu Beginn in Teilen mangelhaft waren.

## II. Zu einzelnen Artikeln

*Art. 5 Abs. 2:* Zur Vermeidung von Unsicherheiten sollte präzisiert werden, dass insbesondere Vorsorgeeinrichtungen, bei denen die Arbeitnehmenden der Stifterin BVG-versichert sind, als nicht mit der Stifterin wirtschaftlich verbunden gelten. Eine solche wirtschaftliche Verbundenheit könnte unter anderem darin gesehen werden, dass die Stifterin Beitragsleistungen an die Vorsorgeeinrichtung leistet (Art. 66 Abs. 1 BVG) und im obersten Organ vertreten ist (Art. 51 Abs. 1 BVG). Formulierungsvorschlag:

Die Mitglieder und das Präsidium des Stiftungsrates werden von der Anlegerversammlung gewählt. Dabei dürfen die Stifterin, deren Rechtsnachfolgerin und Personen, die mit der Stifterin wirtschaftlich verbunden sind, höchstens von einem Drittel des Stiftungsrates vertreten werden. Als nicht mit der Stifterin wirtschaftlich verbunden gelten insbesondere Vorsorgeeinrichtungen, bei denen Arbeitnehmende der Stifterin versichert sind. Die Anlegerversammlung kann ihr Recht, das Präsidium zu wählen, in den Statuten auf den Stiftungsrat übertragen.

*Art. 5 Abs. 3 neu:* Je nach Grösse des Stiftungsrates können ein oder mehrere unterjährige Austritte gepaart mit Abwesenheiten gewählter Stiftungsräte dazu führen, dass letztlich ein paar wenige Mitglieder über einzelne – allenfalls weitreichende – Traktanden abstimmen. Will man solche Situationen vermeiden, müsste man unterjährige Vakanzen im Stiftungsrat mittels ausserordentlicher Anlegerversammlung beheben. Dies bedeutet einen grossen administrativen Aufwand, in dem nur wegen einer Ersatzwahl in den Stiftungsrat eine ausserordentliche Anlegerversammlung einberufen werden muss. Mit einem interimistischen Ernennungsrecht der Stifterin und einer Bestätigungswahl durch die Anlegerversammlung können solche Spezialsituationen vermieden werden. Vorschlag sgV:

Die Statuten können der Stifterin oder deren Rechtsnachfolgerin das Recht zuerkennen, eine Minderheit der Mitglieder des Stiftungsrates zu ernennen. Diese Personen sind an der nächsten Anlegerversammlung mittels Wahl gemäss Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c zu bestätigen.

*Art. 7 Abs. 3:* Aus dem Verordnungstext sollte klar hervorgehen, dass sich diese Bestimmung nur auf die Delegation von substantiellen Aufgaben an Dritte bezieht. Die Delegation von Routineaufgaben muss von dieser Bestimmung ausgenommen sein, damit eine effiziente und zeitnahe Handlungsfähigkeit der Anlagestiftung gewährleistet bleibt. Vorschlag sgV:

An Dritte übertragene, wesentliche Aufgaben dürfen nur...

*Art. 8 Abs. 2:* Die neue Bestimmung liegt im Widerspruch mit Art. 53h Abs. 2 BVG, wonach der Stiftungsrat das geschäftsführende Organ ist. Vorschlag sgV:

Personen, die mit der ~~Geschäftsführung~~, Verwaltung oder Vermögensverwaltung ...

*Art. 11 Abs. 3:* Der OAK BV stehen bereits verschiedene Mittel zur Wahrnehmung ihrer Aufsichtspflicht zur Verfügung. Diese haben repressiven oder präventiven Charakter und sind in Art. 62a BVG aufgelistet. Als für die Anlagestiftungen zentrale Bestimmung ist lit. c der Bestimmung zu nennen. Sie erlaubt der OAK BV die für die Aufsichtstätigkeit notwendigen Standards zu erlassen. Ein direktes

Einschreiten der Aufsicht wird erst notwendig, wenn es gilt, Missbräuche zu verhindern oder Unzulänglichkeiten zu beheben. Vorschlag sgv:

Zweiter Satz streichen

*Art. 29 Abs. 1 lit. d ersetzen*: Die im Vernehmlassungsentwurf vorgesehene lit. d ist zu streichen und durch eine neue zu ersetzen. Ein Verbot der Einzelpositionen-Überschreitungen nach lit. d ist nicht sinnvoll. Solange transparent dargestellt wird, welche Positionen in welchem Umfang entsprechend der gewählten Anlagestrategie überschritten werden, kann eine Vorsorgeeinrichtung ihr Gesamtengagement gegenüber einem Schuldner oder einer Gesellschaft berechnen und ihrerseits die Einhaltung Anlagebegrenzungen nach Art. 54 und Art. 54a BVV 2 prüfen oder sich ihrerseits auf die Ausnahmebestimmung von Art. 50 Abs. 4 BVV 2 anrufen sofern der Entscheid betreffend Überschreitungen nach Art. 54 und / oder Art. 54a BVV 2 in der Jahresrechnung schlüssig dargestellt wird. Mit der vorgeschlagenen Bestimmung wird eine wenig zweckmässige Einschränkung eingefügt, welche die Anlagestiftungen einmal mehr gegenüber den Fonds unnötig einschränkt. Vorschlag sgv:

lit. d streichen und neu: Die Kategorienbegrenzungen nach Art. 55 BVV 2 und die Begrenzungen von Forderungen gegenüber einzelnen Schuldnern und von einzelnen Gesellschaftsbegrenzungen nach den Art. 54 und 54a BVV 2 können überschritten werden, sofern:...

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Gewerbeverband sgv**



Hans-Ulrich Bigler  
Direktor, Nationalrat



Henrique Schneider  
stellvertretender Direktor

Bundesamt für Sozialversicherungen  
Effingerstrasse 20  
3003 Bern

Per Mail: [joseph.steiger@bsv.admin.ch](mailto:joseph.steiger@bsv.admin.ch)

Bern, 14. Dezember 2018

## **Änderung der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, am Vernehmlassungsverfahren zur Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV) teilnehmen zu können. Gerne nehmen wir dazu wie folgt Stellung.

### **1 Allgemeine Bemerkungen**

Der dritte Beitragszahler als Leistungsträger der 2. Säule ist ein zentraler Teil der Schweizerischen Altersvorsorge. Dieser wird gesetzlichen Regulierungen unterstellt um die Vorsorgevermögen der Versicherten vor Missbrauch durch überhöhte Risiken oder Vermögensverwaltungskosten zu schützen.

Die Anlagestiftungen sind im Rahmen der beruflichen Vorsorge Hilfseinrichtungen. Sie dienen dem Zweck der beruflichen Vorsorge (Art. 53g BVG) für die gemeinsame Anlage und Verwaltung von Vorsorgeguthaben. Damit verbunden ist eine nachhaltige und sichere Anlagetätigkeit der Vorsorgevermögen. Hierfür hat der Gesetzgeber klare Anlagevorschriften definiert. Dadurch sollen die Sicherheit und eine angemessene Risikoverteilung der Anlagen gewährleistet werden. Aufgrund des zurzeit schwierigen Kapitalmarktumfeldes schauen sich Vorsorgeeinrichtungen vermehrt nach neuen Anlagekategorien um. Zuweilen geht die Ausweitung der Anlagetätigkeit in so genannt „alternative“ Anlagen jedoch neben höheren Verwaltungskosten auch mit einem erhöhten Kapitalmarktrisiko – und somit dem Risiko für die Vorsorgegelder der Versicherten – einher. Eine spekulative Anlagetätigkeit wirkt kostentreibend und ist weder im Sinne einer langfristigen Anlagetätigkeit der Pensionskassen noch der Versicherten.

### **2 Bemerkungen zu den Änderungen der Verordnung über die Anlagestiftungen (ASV)**

Seit Inkrafttreten der Verordnung über die Anlagestiftungen am 1. Januar 2012 ist gemäss Bundesrat ein limitierter Revisionsbedarf vorhanden. Dabei soll in der Anlagestiftung die Stellung der Anlegerversammlung insgesamt gestärkt werden. Der Kern der Änderung in der Verordnung über die Anlagestiftungen besteht jedoch in der Anpassung der Begrenzung von Anlagekategorien. Insbesondere soll der Anteil der zulässigen alternativen Anlagen am Gesamtvermögen künftig ausgeweitet werden können. Dieser Teil wird vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund abgelehnt.

### **Stärkung der Governance von Anlagestiftungen ist positiv**

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund begrüsst die Stärkung der Anlegerversammlung als oberstes Organ der Anlagestiftungen. Neben der Abschaffung der Möglichkeit, in den Statuten ein Ernennungsrecht des Stiftungsrats für die Stifterin vorzusehen, wird die Gewaltentrennung innerhalb der Organe der Anlagestiftung ebenfalls verschärft. Mit dem Verbot, dass natürliche oder juristische Personen, die mit der Geschäftsführung oder mit der Vermögensverwaltung beauftragt werden, gleichzeitig im Stiftungsrat Einsitz nehmen, können allfällige Interessenkonflikte (z.B. die Vergabe von Aufträgen) unterbunden werden. Die Anlegerversammlung ist so explizit für die Genehmigung der Reglemente betreffend Interessenkonflikte und Rechtsgeschäfte zuständig. Diese Änderungen sind materieller Natur und tragen dazu bei, die Transparenz sowie die Hierarchiestufen innerhalb der Anlagestiftungen klar zu definieren.

### **Ausweitung der Kategoriebegrenzung von alternativen Anlagen – teuer und riskant**

Der SGB lehnt es ab, dass Anlagestiftungen künftig mehr in alternative Anlagen investieren können (Art. 29 Abs. 1 ASV «gemischte Anlagegruppen»). Die vorgeschlagene Ausweitung der nach Art. 55 BVV 2 beschriebenen Kategoriebegrenzungen für alternative Anlagen führt zu grösseren Risiken und höheren Verwaltungskosten.

Zu den alternativen Anlagen gehören heute beispielsweise Hedge Funds, Private Equity, Derivate, Rohstoffe, oder Infrastrukturen. Solche Anlagen gelten als risikoreiche Anlagen. Mit solchen Anlagen lassen sich im besseren Fall kurzfristig hohe Renditen erwirtschaften. Die Kosten – und in vielen Fällen auch die Risiken – sind in der Regel jedoch hoch. Daher sind sie für den langfristigen Anlagehorizont einer Pensionskasse ungeeignet. Oft sind Hedge Funds kaum reguliert und für die Anleger intransparent. Besonders im Bereich von «Private Equity», «Infrastrukturen» und nicht-kotierten Anlagen gehen die Experteneinschätzungen weit auseinander, ob die nötige Liquidität für grössere Investitionen wie des PK-Vorsorgevermögens gegeben ist. Die Volatilität dieser Anlagen ist in Krisenjahren tendenziell hoch. Und die Rendite- sowie Risikoberechnung erweisen sich als äusserst komplex und unsicher.

Die Investitionen der Pensionskassen in alternative Anlagen werden heute mittels der oben genannten Verordnung (Art. 55 BVV 2) auf 15 Prozent begrenzt. Pensionskassenstudien (bspw. PK-Studie von Swisscanto) belegen jedoch, dass heute die Pensionskassen die Kategoriebegrenzung von alternativen Anlagen innerhalb ihres Anlageportfolios bei weitem nicht ausschöpfen. Der Anlass für eine Änderung der Kategoriebegrenzung ist somit nicht gegeben.

### **Keine Sonderbestimmungen für Anlagestiftungen der beruflichen Vorsorge**

Obwohl Anlagestiftungen nur einen kleinen Anteil der Vermögen in Form von BVG-Vorsorgeeinrichtungen verwalten, bilden sie eine Art «Einkaufsgemeinschaft» von Anlagegruppen für einen weiten Teil von Sammel- oder Gemeinschaftseinrichtungen oder autonomen Pensionskassen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund stellt in Frage, weshalb für Anlagestiftungen andere Anlagevorschriften gelten sollten. Denn es handelt sich dabei stets um die Vorsorgevermögen der Versicherten.

Nach Art. 28 Abs. 1 ASV sollen künftig Anlagegruppen die Möglichkeiten erhalten, in Infrastruktur und in «alternative Forderungen» auch ohne Kollektivanlagen zu investieren. Investitionen mittels Kollektivanlagen sind jedoch attraktiv: Durch das Zusammenlegen von Vermögenswerten in Anlagefonds ergeben sich Skaleneffekte, welche letztendlich zu erheblichen Kostenersparnissen bei der Verwaltung des Vermögens führen. Neben steuerlichen Vorteilen (Wegfall der Stempel-

steuern) ist eine breitere Diversifikation des Anlageportfolios möglich und reduziert die Anlagerisiken. Die vorgeschlagene Änderung erhöht den Anreiz für Investitionen in risikoreiche alternative Anlagen. Aus diesen Gründen lehnt der Schweizerische Gewerkschaftsbund die Änderung ab.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND**



Vania Alleva  
Vizepräsidentin



Giorgio Tuti  
Vizepräsident



Daniel Lampart  
Leiter SGB-Sekretariat  
und Chefökonom